


[Beginn: 04:28]

Dankeschön. Ich bedauere, dass ich heute Vormittag nicht bereits da sein konnte, weil ich andere wichtige dienstliche Verpflichtungen zu erfüllen hatte.




Inklusion – ja, aber richtig!

Cottbuser Erfahrungen

Berndt Weiße, Cottbus - AWO 2013-06-13

Ich habe in Potsdam die Auftaktveranstaltung erlebt. Ich fand das mit dem World Café sehr hervorragend. Auch war für mich die Meinungsvielfalt sehr interessant. Und bin heute eigentlich nur deshalb hier, weil in Cottbus die Veranstaltung ausgefallen ist, leider. Also, ich habe gewissermaßen mein Thema von Cottbus nach Frankfurt verlagert. Aber ob in Cottbus, Frankfurt, MOL und wo auch immer, alle haben gegenwärtig die gleichen Probleme bei der Entwicklung inklusiver Strukturen. Wir fassen sie nur verschieden an, um nicht zu sagen, wir erfinden an mancher Stelle die Fahrräder völlig neu. Deswegen bin ich der AWO dankbar, dass sie diese Veranstaltungsreihe führt, bei der ein Ergebnis zu erwarten ist, das nicht nur in den Kommunen sondern hoffentlich auch die Landesregierung zum Nachdenken anregt. Deswegen – so glaube ich – ist es richtig, sich zu engagieren.



Inklusion – ja, aber richtig!

Cottbuser Diskussion

- Begriffs-Diskussion
- Verständnis-Diskussion
- Kosten-Diskussion
- Demografie-Diskussion
- Förderschul-Diskussion

Berndt Weiße, Cottbus - AWO 2013-06-13

Genug der Vorrede. Ich will etwas zu den Cottbuser Erfahrungen sagen. Auch wir sind ja am Anfang, auch wir am probieren. Ich will Sie mitnehmen in unsere Gedankenwelt und will Ihnen einfach anhand dieser Themen sagen, über welche Diskussionen wir zu Ansätzen gekommen sind. Über welche Diskussionen sind wir zu Zweifeln gekommen. Worüber diskutieren wir überhaupt? Und dann stelle ich Ihnen kurz den Cottbuser Weg vor, von dem wir glauben, dass damit etwas mehr

getan wird, als das mit den Piloten des Landes derzeit geschieht.

Zu meinem Vortrag: Meine Darstellung habe ich an Stichworten der Diskussion fest gemacht. Jeder von Ihnen hat bereits viele Papiere zum Thema Inklusion gelesen. Ich will Sie mitnehmen, über die Diskussion, die wir führen.

Da ist zunächst die Begriffsdiskussion. Über diese Aussage mit der Brückenfunktion stolpert man immer wieder. Ich finde den Satz falsch. Ich glaube die Piloten sind keine Brücken. Wohin denn eigentlich? Man müsste ja dann recht



Inklusion – ja, aber richtig!

Begriffsdiskussion

Ministerin Münch:
„Pilotschulen haben eine wichtige Brückenfunktion“

→ Erhält man **Inklusion**, wenn man **Integration** weiterentwickelt?

ja

nein

...als **gemeinsamer Unterricht**
gesamte Lebenswelt kindorientiert

(Schule, Jugendhilfe, Familienhilfe, Freizeitangebote, kommunale Bildungsnetzwerke, barrierefreie Umgebung)

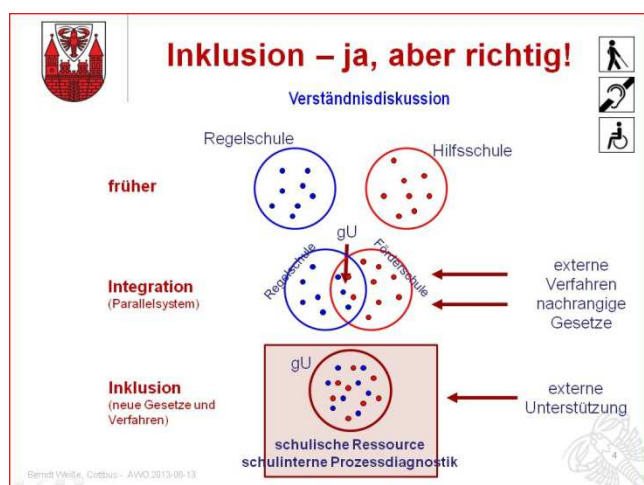
Bildungspolitische und gesellschaftliche Schranken nicht aufgehoben

- Kein Paradigmenwechsel
- weiterhin äußere Steuerung

Berndt Weiße, Cottbus - AWO 2013-06-13

leicht von den jetzigen integrativen Systemen, gewissermaßen mit einem kleinen Schritt, von der Integration zur Inklusion kommen. Und das glaube ich kann man deutlich anzweifeln. So einfach ist es nämlich nicht. Und diese Brücke oder die Brückenfunktion ist ja in keinem Landespapier – ich kenne jedenfalls keins – beschrieben worden. Das „Ja“ bezieht sich deshalb darauf, dass die Bedingungen hergestellt werden, die für einen inklusiven Rahmen notwendig sind. Das heißt, ich organisiere einen gemeinsamen Unterricht, der in seiner gesamten Lebenswelt, kind-orientiert ist. Das ist eine schöne Vision.

Ich bin gegenwärtig eher geneigt, bei Kenntnis der Brandenburger Bedingungen, Nein zu sagen. Wir haben bisher nicht dafür gesorgt, dass man diesen berühmten Paradigmenwechsel erreicht. Also, dass man das völlige Umdenken einer anders gearteten Beschulung überhaupt diskutiert und auf den Weg bringt – außer zum Beispiel heute hier in Frankfurt. Inklusion findet nun mal zuerst in den Köpfen statt. Da das allein nicht ausreicht, muss die politische Verantwortungsebene des Landes auch für die Veränderung der Rahmenbedingungen sorgen. Denn bisher wird Schule, wenn es um die Hilfe- und Förderstrukturen für Kinder geht, von außen gesteuert (z. B. Förderausschussverfahren, nachrangige Hilfen aus SGB VIII und XII). Eine inklusive Schule muss zukünftig aus eigener Ressource fördern und helfen können.



Zweiter Punkt: Verständnisdiskussion. Auch bei der Auftaktveranstaltung in Potsdam, bei den Diskussionen an den runden Tischen, habe ich festgestellt, dass das Verständnis zu den Mechanismen einer inklusiven Schule sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Das Land hilft hier nicht, weil auch in den Landesdokumenten der Begriff „gemeinsamer Unterricht“ einmal im integrativen und ein anderes Mal im inklusiven Sinne benutzt wird. Damit sind aber unterschiedliche pädagogische Welten verbunden.

Kinder mit Benachteiligung, mit Behinderungen, mit Förderbedarf wurden in der Regelschule aufgenommen und es wurden dafür entsprechende Hilfssysteme installiert. Die Gesetzeswerke SGB VIII oder SGB XII sind dafür maßgeblich die Grundlage. Was in unseren Schulen mittlerweile in den Hintergrund getreten ist: Diese Gesetze sind nachrangige Gesetze. Sie kommen erst dann zur Anwendung, wenn die pädagogischen Möglichkeiten der Schule nicht ausreichen (wie z. B. bei der Eingliederungshilfe) oder nicht vorhanden sind (wie z. B. bei seelischer Behinderung). Es ist in Brandenburger Schulen heute kaum der Fall, dass sie über ausreichende pädagogische Ressourcen verfügen, um Förderbedarfe selbst abdecken zu können. Das Land stützt sich bei seinen Aussagen zur erfolgreichen Entwicklung hin zu inklusiven Schulen auf die Bertelsmann-Studie, in der für Brandenburg ein Anteil von fast 40% gemeinsamer Unterricht beschrieben wird. Das Land nutzt diese Aussagen, um die Anstrengungen zur Verbesserung dieser Quote zu erhöhen. Diesen Weg halte ich für problematisch und bedenklich. Nach meiner Meinung verbessern wir damit nur den Anteil des integrativen Unterrichts. Das ist zwar auch ein wichtiges Ziel, es bringt uns aber der inklusiven Schule nicht viel näher. Denn das Schulgesetz gilt nach wie vor. Es gibt keinerlei Verände-

rungen bisher in den Verordnungen. Schule muss zukünftig – deswegen dieser Kasten drum herum – aus dem schulischen System heraus, aus seiner eigenen Ressource heraus, die sogenannte Prozessdiagnostik organisieren. Die Kinder kommen ja nicht mehr aus dem Förderausschussverfahren. Die Kinder werden ja aufgenommen aus dem Wohngebiet oder aus der Region. Und erst in der Schule wird geprüft und geschaut was kann das Kind, auf welchem Entwicklungsstand steht es. Und für diese Aufgabe braucht es ein schulisches Team hochqualifizierter und motivierter Pädagogen, das ergänzt wird durch Sonderpädagogen, Sozialarbeiter, Heilpädagogen, Psychologen usw.



Inklusion – ja, aber richtig!

Kostendiskussion

kostenneutral	kostenintensiv
Aktionspläne	Personal (Sonderpädagogen, Integrationshelfer, Sozialpädagogen, Psychologen)
Veränderung Gesetze, Rahmenlehrpläne, Verordnungen, Schulbaurichtlinie	Barrierefreiheit
Schulnetzplanung (15 Jahre)	Ausstattung, Lehr- und Lernmittel, Hilfsmittel
Verbindliche Zusammenarbeit mit Schule, Schulaufsicht, Schulträger, Jugendhilfe, Familienhilfe, Kinder- und Jugendarbeit	(Bertelsmann-Studie: 44,4 Mio. €, 626 zusätzliche Lehrer bis 2020 in Brandenburg)
Erhalt sonderpädagogischer Ressourcen	

Berndt Weiße, Cottbus - AWO 2013-06-13

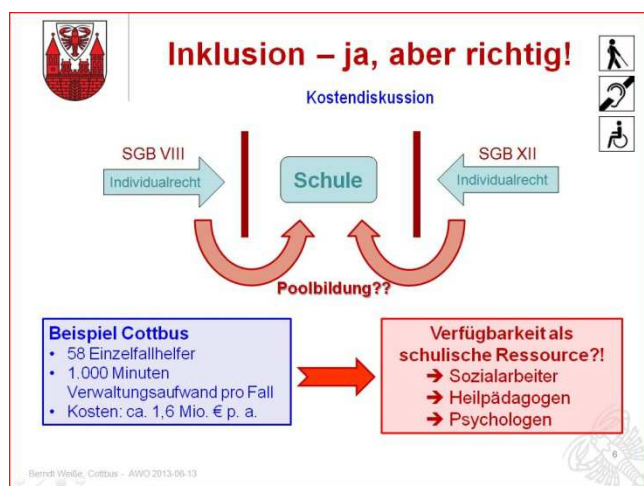
Wir führen eine Kostendiskussion. Ich denke, wenn wir gemeinsam mit weiteren Schulträgern sprechen, geht es immer erst einmal ums Geld. Aber, ich glaube das Thema Inklusion ist nicht zuerst ein Thema von Geld. Es ist zuerst ein Thema von Köpfen. Das glaube ich haben hier bereits viele erkannt. Und deswegen bemüht man sich ja auch so darum, sowohl argumentativ, als auch vom inhaltlichen her, deutliche zu machen, dass es bei der Inklusion um einen anderen Bildungsansatz geht. Und wenn man sich

vorstellt, dass Jahrhunderte lang die deutschen Bildungssysteme selektive Systeme sind und waren, weiß man, wie schwer und langwierig es sein wird, dieses System in ein inklusives zu wandeln. Deswegen sollten wir nicht über Geld zuerst reden, sondern wir sollten darüber reden, welche Schritte gehen wir denn, um zu einem Ergebnis zu kommen? Sie sehen, es gibt viele Dinge, die man kostenneutral gestalten kann, wenn man sich damit überhaupt erst einmal strukturell beschäftigt. Denn die Gelddiskussion erschlägt ja praktisch immer jegliche Entwicklungsgedanken. Man sagt ja „das kostet zu viel Geld, das können wir uns nicht leisten, ich brauche gar kein Konzept schreiben“. Und damit bin ich fertig. Das muss man durchbrechen, diesen Kreislauf, dieser unseligen Gelddiskussion. Dann muss man eben an der Stelle anfangen, wo wir etwas tun können. Und man kann Planungen machen, man kann natürlich im Bereich der jetzigen Gesetze Veränderungen herbeiführen. Da verstehe ich meine Ministerin, die immer sagt „wir machen das alles im gesetzlichen Rahmen, das funktioniert ja prima“. Gar nichts funktioniert! Man könnte heute schon Verwaltungsvorschriften für den Unterricht so verändern, dass den Lehrern – zumindest an den Pilotschulen – geholfen wird, ihre Strukturen, ihre neuen Denkansätze auch im Rahmen von Bewertung, auch im Rahmen differenzierter Lehrplan-Regeln und so weiter zu gestalten.

Eine wichtige Erkenntnis, die ich im Zusammenhang mit der Kostendiskussion gewonnen habe heißt: Man muss heute dafür sorgen, dass drohende Schulschließungen, egal welcher Art und welchen Typs verhindert werden. In den nächsten Jahren werden trotz rückläufiger Schülerzahlen deutlich mehr schulische Kapazitäten gebraucht. Wenn ich Inklusion ernst meine, müssen sich Schulen entflechten können. Wenn man sich heutige Schulen anschaut, Gesamtschulen, Oberschulen vor allen Dingen, so sind diese heute schon oft an ihrer Leistungsgrenze mit integrativen Herausforderungen im Verhaltensbereich, bis hin zum Sprach- oder zum Lernbehindertenbereich. Die Klassen – auch die integrativen – haben oft mehr als 25 Schüler. Wie soll man sich dort die Entwicklung zur inklusiven Schule vorstellen? Wir

können doch nicht warten, bis die ersten inklusiven Klassen aus den Piloten der Grundschulen in die Sek. I kommen, sondern ich muss doch heute schon den Kollegen in der Schule, den Eltern, die da drinnen sind sagen, wie stelle ich mir das denn vor unter den Bedingungen? Welche Rolle spielen denn da zukünftig die Gymnasien? Welche Rolle sollen die Oberschulen denn übernehmen? Und deshalb kann ich Ihnen nur raten, wenn Sie die Diskussion haben dazu, verhindern Sie, dass Schulen vom Netz gehen und geschlossen werden. Wir werden diese Kapazitäten dringend brauchen. Der Vorteil ist, wir gehen ja einer demografischen Delle entgegen. Also nach 2020, 2025 werden wir das in den Schulen merken, so dass sich das ein bisschen abmindern wird. Und die jetzigen Grundschulen haben dann natürlich eine gute Chance, sich inklusiv aufzustellen.

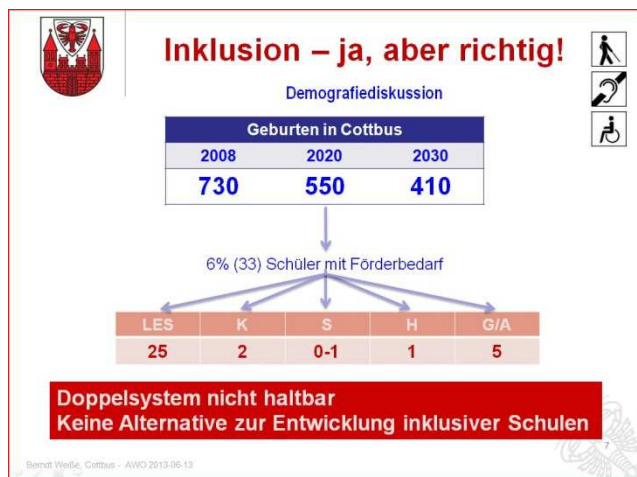
Um nochmals das Stichwort „Geld“ aufzugreifen verweise ich auf die bereits erwähnte Bertelsmann-Studie. Diese weist für Brandenburg für die Entwicklung inklusiver Schulen aus, dass bis 2020 44 Millionen Euro gebraucht werden, weil 626 Lehrer zusätzlich einzustellen wären.



Ich bleibe bei der Kostendiskussion. Bereits heute unter integrativen Bedingungen wird für Unterstützungs- und Hilfestrukturen zur Gleichstellung und Förderung benachteiligter Kinder viel Geld aufgewendet. Wir sind dabei heute noch auf die Anträge von Eltern angewiesen, denn z. B. die Bereitstellung eines Integrationshelfers ist verbrieftes Individualrecht. Am Beispiel Cottbus mit Zahlen des Jahres 2012: Wir haben in den Schulen in Cottbus 58 Integrationshelfer. Ich habe mal ausrechnen lassen, welcher Verwaltungsaufwand dahinter steht.

Das sind etwa pro Fall 1.000 Minuten, mit diesen ganzen Gutachterverfahren und Gesprächen und was man alles so machen muss. Das heißt also, ich brauche für die 58 Einzelfallhelfer ein halbe VE¹ nur dafür, dass dieses Verfahren läuft. Wenn ich diesen Aufwand in die inklusive Schule geben könnte, weil die das Fachpersonal haben, dann können Sie sich auch vorstellen, wie die Verwaltung entlastet werden könnte. Wir geben dafür 1,6 Millionen Euro aus. Mein Ansatz unter Modellbedingungen ist nun, einen Teil dieses Aufwandes und Geldes in die Schulen als Ressource zu verlagern. Nach ersten Gesprächen mit den Eltern sind die Reaktionen positiv, wenn man ihnen anbietet, das ihnen zustehende Individualrecht zu verbessern: Der Integrationshelfer wird ersetzt durch die Fachprofession z. B. eines Heilpädagogen. Für die Schulträger könnten sich daraus – gemessen am jetzigen Aufwand – sogar Einsparungen ergeben. Wenn es also gelänge, aus diesen Ressourcen, die im nachrangigen, gesetzlichen Bereich verfügbar sind, ein Teil der Schule als Ressource zur Verfügung zu geben und die Schule dadurch mit Fachpersonal auszustatten, sehe ich sofort zwei Vorteile: Die Schule agiert professioneller und flexibler und die Schule erfährt als Institution eine nicht zu unterschätzende Aufwertung.

¹ VE ist die Abkürzung für Vollzeitereinheit



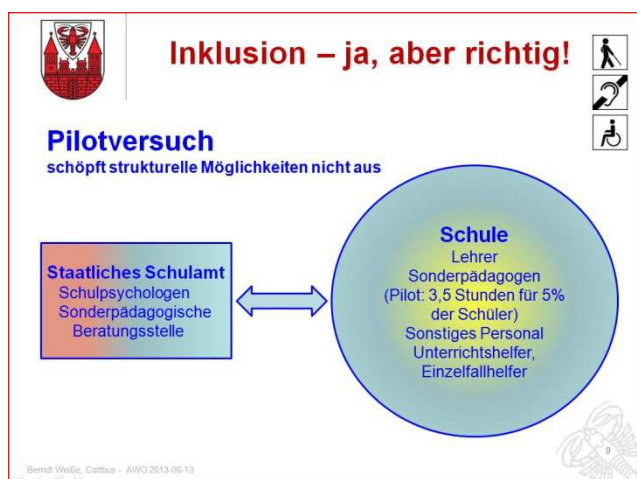
Wir haben wie bereits angesprochen das Thema Demografie, für Cottbus mal die Geburtenzahlen, die wir kennen. 2008 hatten wir 730 Geburten, 2020 sind 550 zu erwarten und 2030 410. Der Anteil, und auch das weisen ja die Studien von Bertelsmann und Co. aus, der Schüler mit Förderbedarf liegt da bei rund 6 %. Das ist über die letzten Jahre, Jahrzehnte so geblieben. Das heißt 2020 hätten wir 33 Schüler mit diesem Förderbedarf im Bereich LES, körperbehindert, Sehen, Hören und geistige Behinderung einschließlich

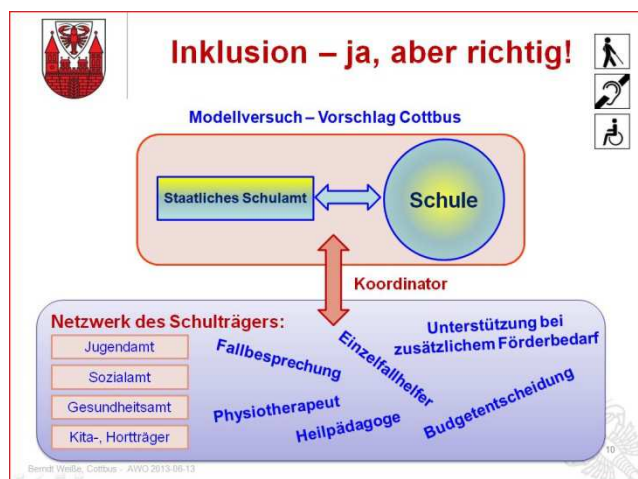
Autismus. Sie können erkennen: mit solchen Zahlen für Cottbus für 2020 lassen sich keine Klassen mehr bilden. Deswegen glaube ich, man sollte schon ernsthaft über das Thema Inklusion nachdenken. Und dieses Doppelsystem, also Förderschule parallel zur Regelschule mit Integration, ist nicht in die Zukunft zu bringen. Schon das ist ein Ansatz dafür, sich mit dem Thema Inklusion beschäftigen.

So, dann gibt es die Förderschuldiskussion. Die Parallelität von Förderschule und Regelschule ist dabei das Problem, weil man sich einerseits die Klientel wegnimmt, auch das Fachpersonal, und andererseits sich auch immer verstecken kann. Wenn ich als Pädagoge in der Schule mit einem Kind nicht klar komme, kann über das Förderausschussverfahren erreicht werden, dass das Kind in die Förderschule wechselt. Schon heute stellen wir fest, dass die Förderschulen keine Eingangsklassen mehr bilden. Das liegt maßgeblich am gut entwickelten integrativen Schulsystem in Brandenburg. Die Bauhausschule in Cottbus (Förderschule für Körperbehinderte) hatte einen Einzugsbereich von 4 Kreisen. Das ist heute nicht mehr der Fall. Sie trägt sich heute fast ausschließlich nur durch Cottbuser Kinder.



Wie sieht unser Modellversuch nun in Cottbus aus. Das ist der Pilotversuch, den brauche ich nicht zu erklären. Also diese Relation, wo das Ministerium gewissermaßen die sonderpädagogischen Kapazitäten dazu gibt. Wir haben gesagt, dass kann es nicht sein. Wir haben mehr draus gemacht.





Wir haben das Netzwerk des Schulträgers dazu gepackt. Jugendamt, Sozialamt, Kita- und Hortträger und Fachleute, Ausbildungseinrichtungen, also aus Fachhochschule und so weiter, sitzen alle am Tisch und durch mich koordiniert. Drei Schulen nehmen am Cottbuser Modell teil. Eine davon auch darüber hinaus am Pilotversuch des Landes. Diese drei Schulen haben über den Koordinator ständig Zugriff auf die Fachebenen, die in einer Arbeitsgemeinschaft gemeinsam sitzen. Und dann kann man, je nachdem

welches Problem die Schule hat, alle diese Fragen ansprechen und relativ zügig einer Lösung zuführen. Das bewährt sich sehr gut. Wir haben auch, jeder dieser drei Schulen, neben Schulsozialarbeiter und Sonderpädagogen, einen Heilpädagogen geben können. Finanziert werden diese drei Stellen vorerst über Bildung und Teilhabe.

Fazit: Die inklusive Schule in Brandenburg wird nicht gelingen ohne schulrechtliche Planungssicherheit, ohne planbare, finanzielle Absicherung und ohne die Änderung von Gesetzen und Verordnungen. Und – damit ich positiv ende – inklusive Schule in Brandenburg ist möglich! Aber sie ist teuer. Sie braucht Zeit. Ihre Entwicklung findet zuerst in den Köpfen statt. Ich denke, das ist für alle nachvollziehbar. Und sie gelingt nicht administrativ. Es reicht nicht ein Gesetz zu ändern. Es reicht nicht wenn die Politik kluge Worte spricht. Man muss es praktisch, aus der Sicht des Kindeswohls, gestalten. Und – das vertrete ich auch nach wie vor – es ist nicht die einfach die verbesserte integrative Schule. Es ist ein neuer Schultyp. Und dazu muss man stehen.

Inklusion – ja, aber richtig!

Fazit

Die inklusive Schule in Brandenburg wird nicht gelingen

- ... ohne schulrechtliche Planungssicherheit
- ... ohne planbare finanzielle Absicherung
- ... ohne die Änderung von Gesetzen und Verordnungen

Die inklusive Schule in Brandenburg ist möglich –

- ... sie ist teuer
- ... sie braucht Zeit
- ... ihre Entwicklung findet zuerst in Köpfen statt
- ... sie gelingt nicht administrativ – nur aus Sicht des Kindeswohls
- ... sie ist nicht einfach die verbesserte integrative Schule

Danke für die Aufmerksamkeit und viel Erfolg im gemeinsamen Ringen!

[Ende: 36:00]